

Der steirische Bauer im Sturmjahr 1848

Von Werner Tscherne

Einhundertfünfzig Jahre sind seit der Revolution des Jahres 1848 vergangen, die mit ihren vielen Aspekten die Historiker zu immer neuen Betrachtungen herausforderte. In einer umfassenden Publikation, die zum Gedenkjahr in Deutschland erschien, wo die Geschichtswissenschaft das Jubiläum weit mehr als in Österreich zur Kenntnis nahm,¹ heißt es, das Bild der Revolution sei in Bewegung geraten. Man kann dem nur beipflichten. Im Laufe der Zeit haben sich bestimmte Vorstellungen zu Klischees verhärtet, die in Frage zu stellen sind. Ein solches gerne benütztes Klischee ist die sogenannte „Verrats-theorie“, die auf der einen Seite die Flucht des Bürgertums und auf der anderen den Abfall des Bauerntums von der Revolution für deren Scheitern haftbar macht.²

Hier soll diese Theorie an Hand von Zeugnissen, welche die Haltung des Bauernstandes belegen, geprüft werden.

Nach dieser Vorstellung gehörte das Bauerntum zunächst zum revolutionären Potential der Gesellschaft. Es legte sich aber nach Erreichung seiner Ziele, nach der Aufhebung der feudalen Lasten „zufrieden auf die Ofenbank“.³ Schon Zeitgenossen urteilten in diesem Sinne, so Hans Kudlich, der bäuerlicher Abstammung war, die Revolution aber als Student erlebte, oder Ernst Violand, der als Jurist und Beamter sich der Revolution anschloß.⁴ Diese Sicht teilten viele Historiker bis heute.⁵ Dies war möglich, weil man lange Zeugnissen über die bäuerliche Haltung wenig Beachtung schenkte und sich lieber herkömmlicher Farben bediente.⁶ Erst in letzter Zeit sucht man den Bauernstand und sein Verhalten im Sturmjahr von seiner Gedanken- und Lebenswelt her zu erfassen.⁷ Davon ausgehend, befaßt sich diese Abhandlung mit dem Verhalten des Bauerntums im Jahre 1848 in einem bestimmten Raum, nämlich in der damaligen Steiermark.

¹ Christoph Dipper - Ulrich Spack (Hrsg.), 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt 1998. Im übrigen ist der Verfasser Herrn Oberarchivrat Dr. Karl Spreitzhofer für Hinweise zu herzlichem Dank verpflichtet.

² Zum „Verrat“ des Bürgertums vgl. etwa: Die Stunde ist des Lichtes gekommen. Referate und Diskussionen einer Veranstaltung an der Universität Graz im Jahre 1988 zur 140. Wiederkehr der Revolution von 1848, hrsg. v. Günter Cerwinka und Reinhold Reimann, Schriftenreihe des Steirischen Studentenhistoriker Vereines, Folge 24, Graz 1988.

³ Hans Kudlich, Rückblicke und Erinnerungen, 2. Bd., S. 104, Wien 1873. Dazu auch: Das Bauerntum in der Steiermark, ZHVSt Sonderband 7, Graz 1963.

⁴ Ernst Violand, Die soziale Geschichte der Revolution in Österreich 1848, hrsg. v. Wolfgang Häusler, Wien 1984. „Der Bauer hatte das Interesse an der Revolution verloren, nachdem seine Ernte in der Scheuer war“ (S. 223).

⁵ Vgl. dazu Bauerntum (wie Anm. 3), S. 64: „Conservative Instinkte kamen zum Durchbruch“; Helmut Rumpler, Österreichische Geschichte 1804 - 1914. Eine Chance für Mitteleuropa, Wien 1997, S. 285: „Allerdings schied der Bauernstand aus der Revolution aus“; Dieter Dove - Heinz Gerhard Haupt - Dieter Langewiesche (Hrsg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, gehen darauf S. 589 ein und führen weitere Beispiele an.

⁶ Dazu einige Beispiele. In dem Katalog „Der steirische Bauer. Leistung und Schicksal von der Steinzeit bis zur Gegenwart. Katalog zur Landesausstellung 1966“, Graz 1966, wurde das Jahr 1848 ausgespart. In Rumpler, Österreichische Geschichte (wie Anm. 5) scheint bei der Darstellung des Sturmjahres das Bauerntum nicht einmal in einem Untertitel auf; dasselbe gilt für Walter Pollak, 1848 - Revolution auf halbem Wege, Wien 1974. In „Die Stunde des Lichtes ist gekommen“ (wie Anm. 2) werden Verfassungsfragen sowie Bürgertum und Arbeiterschaft behandelt, dem Bauerntum ist kein Platz eingeräumt.

⁷ Dazu Dove, Europa 1848 (wie Anm. 5), S. 589: „Erst in jüngerer Zeit ist ein Perspektivenwechsel auszumachen“.

Bei einer solchen Untersuchung gibt es Schwierigkeiten. Die Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung war damals des Schreibens unkundig und hat keine unmittelbaren Zeugnisse hinterlassen. Doch gibt es eine Reihe von Aufrufen und Flugblättern. Das Auftreten der bäuerlichen Abgeordneten vor allem im provisorischen Landtag der Steiermark ist dokumentiert. Aus Aktionen und Reaktionen der liberalen wie der konservativen Seite, der staatlichen Institutionen wie der Kreisämter, des Guberniums und der Regierung kann auf das bäuerliche Verhalten geschlossen werden. Auch das Zeitungswesen, das sich 1848 stürmisch entwickelte, gibt Hinweise, in erster Linie die „Grätzer Zeitung“ und der allerdings erst seit dem 1. Juli erscheinende „Herold“, während der „Landbote“, der sich seit 8. Juli an die „theuren Brüder vom Lande“ wandte, eher eine linksliberale Richtung vertrat und seine pro-bäuerliche Einstellung vor allem durch agrarische Ratschläge unter Beweis stellte.⁸ Wie gering der Wirkungsbereich solcher Blätter war, zeigt auch das Beispiel der in Wien erscheinenden Bauernzeitung, von deren Existenz Kudlich erst erfuhr, als sie ihm zu Ehren zu einem Fackelzug aufforderte. In Ortsgeschichten wird auf die Rolle der Bauern im Sturmjahr mit wenigen löblichen Ausnahmen kaum eingegangen. Da ist etwa zu lesen, die Bauernbefreiung sei erfolgt, „obwohl die Bauern selbst am wenigsten aufmüßig waren und kaum einen Finger gerührt hatten“.⁹

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts stellte die bäuerliche Bevölkerung in der Steiermark wie in den anderen Kronländern der Monarchie die große Mehrheit der Bevölkerung. 1855 machten Bauern, Keuschler und Tagwerker rund 73 Prozent der männlichen Bevölkerung des Landes aus. Nach der Volkszählung 1869 stellten sie 67,11 Prozent der Berufstätigen. 1848 zählte man in der Steiermark 58.107 Bauern und 91.273 Kleinbesitzer oder Keuschler, 1855 gab es 134.521 Grundbesitzer und 299.810 Hilfsarbeiter in der Landwirtschaft, wie die Knechte amtlich genannt wurden.¹⁰ Diese Zahlen vermitteln ein eindrucksvolles Bild von der zahlenmäßigen Bedeutung der ländlichen Bevölkerung. Trotz aller sozialen Unterschiede bildete sie eine weitgehende Einheit, verbunden durch die gleiche Lebenswelt, denselben Erfahrungshorizont, noch übereinstimmende Interessen und zusätzlich verschränkt durch verwandtschaftliche Beziehungen. Politisch trat diese weitaus größte soziale Schicht daher in der Revolution weitgehend als eine in sich geschlossene Einheit in Erscheinung.

Diese Einheit befand sich in einem „Zustand halber Emanzipation“. Der Prozeß der Befreiung hatte unter Maria Theresia und Joseph II. begonnen. Die Dominikalbauern waren den Rustikalbauern gleichgestellt, die Robot war eingeschränkt, Abgaben und Steuern waren schriftlich fixiert und die Patrimonialgerichtsbarkeit der staatlichen Kontrolle unterworfen worden. Joseph II. hatte sogar daran gedacht, den Frondienst ablösen zu lassen.¹¹ Innen- und

außenpolitische Vorgänge hatten zum Ende dieser Phase geführt. An ihrem Ende blieb der Bauernstand, wie ein Zeitgenosse bemerkte, ohne Ketten, aber mit Fuß- und Handfesseln zurück. Am Ende der Reformzeit weigerten sich viele Bauern, die Last, die sie am meisten drückte, den Frondienst oder die Robot, weiter zu leisten. In mehreren Gegenden der Steiermark erklärten sie, daß der Kaiser die Robot aufgehoben habe, verfaßten Beschwerden, die an die Kreisämter gelangten, und blieben taub gegen Ermahnungen, so daß Grundherren und Staat Gewalt anwandten.¹² Eine aufrührerische Stimmung, die sich gegen die Grundherren wandte, verbreitete sich.

Diese Unzufriedenheit wurde in den Franzosenkriegen von anderen Sorgen überdeckt, sie flammte aber bald wieder auf. Schon 1819 kam es bei der Herrschaft Eibiswald zu neuen Anständen und 1823 drohte man dort den Bauern mit militärischer Exekution. Um 1840 nahm diese Unzufriedenheit erneut zu. Die Verpflichtungen gegen den Grundherrn wurden nur widerwillig und so mangelhaft erfüllt, daß sie wenig Nutzen brachten. Im Ennstal, um Leoben und St. Michael, aber auch in der Mittelsteiermark und um Radkersburg weigerten sich die Bauern jahrelang, den Zehent zu leisten. Das Stift Admont erhielt 1846 von 10.000 Metzen Zehentgetreide kaum die Hälfte. Das Militär, das man im Ennstal einsetzte, verstärkte nur den Unwillen. Die Bauern rotteten sich zusammen und hielten Versammlungen ab. Im Ennstal wurde ein gutsherrlicher Beamter von dreihundert Bauern bedroht. Die Zehentpflichtigen erklärten, die Exekutive solle nur kommen, die Beschreibung der Pfandstücke wollten sie dulden, aber wenn man ihnen wirklich etwas wegnehmen wolle, so würden sie schon wissen, was sie zu tun hätten. Man müsse die Regierung gewaltsam zwingen, alle Abgaben an die Gutsherrschaften aufzuheben. So lautete ein Bericht, der im Landtag erstattet wurde.¹³ Seit 1847 nahm der Unwille der Bauern zu. Im Enns- und Paltental wurde die Zehentleistung verweigert und auf Antrag des Kreisamtes Judenburg Militär dorthin entsandt. Der Bezirkskommissar und Pfleger von Donnersbach schrieb, daß sich die Volksstimmung verschlechtere, und der Gouverneur der Steiermark, Mathias Constantin Graf von Wickenburg, berichtete, die Stimmung unter dem Landvolk sei unbefriedigend und „schreckliche Folgen“ seien zu erwarten.¹⁴

Einsichtigen Grundherren war bewußt, daß die Spannungen zunahmen. Vom Robotablösepatent vom 1. September 1788, das eine freiwillige Ablöse vorsah, war kaum Gebrauch gemacht worden. Daher brachte Franz Ritter von Kalchberg, der in der Folgezeit auch eine politische Rolle spielen sollte, im Steiermärkischen Landtag am 2. September 1846 den Antrag ein, die Regierung solle ein neues Gesetz über die Ablöse erlassen. Obwohl diesen Antrag zwei weitere Grundherren unterstützten, wurde er im Ständischen Ausschuß nicht weiter behandelt. Auch die kaiserliche Entschließung vom 14. Dezember 1846, die auf die Möglichkeit der freiwilligen Ablöse hinwies, fand kaum

⁸ Darüber auch Karl Eichtinger, Das Jahr 1848 im Spiegel der steirischen Presse. Dissertation Universität Graz 1963.

⁹ Konrad Moser, St. Stefan ob Stainz. Stainz 1987, S. 60. Lobenswerte Ausnahmen bilden u. a. Wilhelm Knaffl, Deutschlandsberg in den Jahren 1848 und 1849, in: ZHVSt 5/1907; Johann Andritsch, Judenburg, Stadtdiener, Judenburg 1989; Karl Schöberl, Kindberg 1232 - 1982. Vom alten Markt zur jungen Stadt, Teil A: Kindberg in Historischer Schau, Kindberg 1982.

¹⁰ Zahlen nach F. X. Hlubek, Ein treues Bild des Herzogthums Steiermark. Graz 1860, S. 47, 51 und 106, und Österreichische Statistik 33, 66, N. F. 3, 1882 ff.

¹¹ Heinrich Ritter von Srbik, Metternich, 2 Bde. München 1925, 2. Bd., S. 240.

¹² Dazu u. a. Hlubek, Ein treues Bild, siebenter Abschnitt „Entlastung des Grund und Bodens“; Fritz Posch, Von Kaiser Josef II. bis zur Bauernbefreiung, in: Bauerntum (wie Anm. 3), S. 110 ff.; auch Heinrich Friedjung, Österreich von 1848 bis 1860. Stuttgart und Berlin 1908, Bd. 1: Sozialpolitik und Agrarreform, S. 333 ff.

¹³ Bericht des Kreisamtes Bruck vom 12.12.1848, der auf diese Vorgänge Bezug nimmt, Steiermärkisches Landesarchiv (STLA), Sammlung 1848, Faszikel 7; Protokoll der Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 28. April 1846 bei 1848 Franz Hwof, Der provisorische Landtag des Herzogthums Steiermark im Jahre 1848, Graz 1901, S. 10; Ferdinand Tremel, Vor hundert Jahren. Die Steiermark im Jahre 1848, in: Blätter für Heimatkunde (BIHK), 22. Jahrgang, Heft 1, Graz 1948, S. 1 ff.

¹⁴ Hans Kloepfer, Eibiswald. Geschichte eines Marktes. 1967, S. 246 f.; STLA, Sammlung 1848, Faszikel 7; Präsidialakten 717 und 766/1848.

Gehör. Die Bauern, die an eine Abschaffung ohne Entschädigung dachten, gingen auf solche Vorschläge nicht ein. Die Bauern gaben keine Flugblätter heraus und verfaßten keine Aufrufe. Aber ihre Anliegen und Forderungen sind aus den Ansichten, die ihre Vertreter im Laufe der Revolution äußerten, erkennbar. Die Bauern wünschten das Ende von Robot und Zehent und der anderen feudalen Lasten, ohne daß sie dafür die Grundherren entschädigen mußten, ausgenommen der Fall, solche Ansprüche konnten urkundlich belegt werden. Verhaßt war ihnen die Abgabe, die bei jedem Besitzwechsel zu entrichten war, das sogenannte Laudemium, die oft eine langdauernde Verschuldung zur Folge hatte. Die Fesseln sollten abgestreift und die feudalen Lasten abgeschafft werden. Andere Fragen, wie die Patrimonialgerichtsbarkeit, das Richteramt des Grundherrn in erster Instanz, traten dagegen zurück. Daß mit dem Fall des feudalen Gebäudes eine Reihe von Aufgaben vom Staate übernommen werden und dies zu einer Ausweitung der Verwaltung und zur Erhöhung der Staatsausgaben und Steuern führen mußte, darüber zerbrach man sich kaum den Kopf. Dafür gab es Anliegen, die sich unmittelbar an den Staat richteten. Die Bauern stießen sich an der Verzehrungssteuer, die aufgehoben oder doch herabgesetzt werden sollte, sie wünschten die Herabsetzung des Salzpreises und eine Steuerbefreiung beim Selbstbrennen des Branntweines. Sie wandten sich auch gegen die Assentierung beim Militär, die dem Lande die kräftigsten Burschen nehme, und brachten vor, daß die steirischen Regimenter seit langem auf fremdem Boden stationiert seien.¹⁵ Diese Forderungen hatten, so hat man bemerkt, wenig mit dem verfassungs- und nationalpolitischen „Hauptstrom der Revolution“ zu tun.¹⁶ Sie bildeten einen anderen, einen sozialen Hauptstrom, der sich gegen die „Knechtschaft“ oder doch Unterordnung richtete, die viele Jahrhunderte bestanden hatte. Er wollte eine feudale Ordnung, die zum „Widerspruch gegen das Jahrhundert“ geworden war, beseitigen und dadurch den Bauern zu einem freien Menschen machen, der erst nach dieser Befreiung ein politischer Mensch werden konnte.¹⁷ In diesem Sinne ist Tremel beizupflichten, der die Bauern „als den revolutionärsten Stand in der Steiermark vor 1848“ bezeichnete.¹⁸

Der revolutionäre Bauernstand war daher kein Teil der bürgerlich-liberalen Revolution des Jahres 1848, sondern er stellte von Anfang an eine eigenständige revolutionäre Bewegung dar. Diese Bewegung besaß ihre eigene Stoßrichtung, ihre eigene Gesetzmäßigkeit und ihre eigenen Grenzen. Der ländliche Mensch lebte in einem Beziehungsgeflecht, das sich von dem eines Städters völlig unterschied. Er lebte in einer hierarchischen Ordnung, in der Bauer, Keuschler und Gesinde eingefügt waren. Eine solche Ordnung sah der Bauer auch im religiösen wie im staatlichen Leben als notwendig an. Im Staate erschien sie ihm im Kaiserhaus und in der Person des Kaisers, im religiösen Bereich in der katholischen Kirche und ihrer Geistlichkeit als gegeben. Das waren Bindungen, an denen er festhielt und die sich auch Jahrzehnte später, bei der Bildung politischer Parteien, als maßgeblich erweisen sollten. Kudlich

¹⁵ Ilwof, Landtag, (wie Anm. 13), S. 10 f. und 117 f.; Tremel, Vor hundert Jahren (wie Anm. 13), S. 4; Isabella Pojer, Die Volksstimmung im Jahre 1848 in der Steiermark auf Grund der Volksstimmungsberichte der Behörden. Hausarbeit am Historischen Institut der Universität Graz, 1979; STLA, Statthalterei, Präsidialakten 1233/1848; Antrag Gurnigg im provisorischen Landtag am 17. August; „Blätter der Freiheit und des Fortschrittes“, Graz, zum Beispiel Nr. 3 vom 26. April 1848.

¹⁶ Dove, Europa 1848 (wie Anm. 5), S. 187.

¹⁷ Srbik, Metternich (wie Anm. 11), Bd. 1, S. 240.

¹⁸ Tremel, Vor hundert Jahren (wie Anm. 13), S. 3.

hat im nachhinein gemeint, daß der Bauer die Früchte der Freiheit nur selbst genießen und die Idee der Gleichberechtigung „nur mit Widerstreben auf seine Knechte, Tagelöhner und Häusler ausdehnen wollte“.¹⁹ Eine solche Überlegung hat später eine Rolle gespielt, kaum im Jahre 1848.

Es war eine „elementare Bewegung“, die sich auf Grundherren und Staat zubewegte und bestehende soziale Grundfesten in Frage stellte. Und es war nicht zuletzt ihr Druck, der es der bürgerlich-liberalen Revolution ermöglichte, rasche Anfangserfolge zu erzielen.²⁰ Vor allem die Unruhe auf dem Lande hatte in der Steiermark den Ständischen Ausschuß, das Verwaltungsorgan des Ständischen Landtages, schon am 3. März 1848 bewogen, den Landtag vorzeitig für den 15. März einzuberufen. Wenige Tage darauf, am 7. März, hatte Graf Wickenburg nach Wien gemeldet, „alle Klassen der Bevölkerung seien von einer unbeschreiblichen Aufregung ergriffen“ und Reformen seien unvermeidlich.²¹ Die revolutionären Vorgänge in Wien bewirkten dann einen raschen Wandel. Am 14. und 15. März gestand der Kaiser die Volksbewaffnung zu, hob die Zensur auf und versprach eine Verfassung. Auch in Graz wurden in diesen Tagen von der Stadtverwaltung, den Bürgern und Studenten Petitionen beschlossen, die alle liberale Forderungen umfaßten, auf jene des Bauernstandes aber nur am Rande eingingen. Dieser sollte, so hieß es nur, wie die Bürger im Landtag vertreten sein und aus der Patrimonialgerichtsbarkeit entlassen werden. Schon hier wurde deutlich, wie schmal das Band war, das beide Hauptströme der Revolution miteinander verknüpfte. Die Hauptanliegen der Bauernschaft schienen in den Petitionen nicht auf. Doch wie war es in Wien gegangen? Als am 13. März vor dem Ständehaus revolutionäre Reden gehalten worden waren, hatte keiner der Redner an den Bauernstand gedacht. Der Student Kudlich „rief öfter auf den Brunnen hinauf: Robot, Robot - allein die dort oben schienen das Wort nicht zu verstehen“.²²

Zugleich mit der Revolution in den Städten brachen Unruhen auf dem Lande aus. Die Bauern sahen die Zeit zum Handeln für gekommen. Ihr Zorn richtete sich vor allem gegen Herrschaftsbeamte, die oft zugleich Bezirkskommissare und staatliche Obrigkeit gewesen und allzu schroff und selbstherrlich aufgetreten waren. Im Schloß Eibiswald etwa versammelten sich die Bauern in den Gängen und einer von ihnen lief dem mißliebigen Verwalter mit einem Stecken nach und wollte ihn erschlagen.²³ Ähnliche Szenen spielten sich in Pragwald, Waasen und anderen Orten ab.²⁴ Ein Herrschaftsbesitzer erklärte sich sogar bereit, einem Verwalter, dem „kleinliches und schroffes Benehmen“ zum Vorwurf gemacht wurde, die bezirksbrigkeitlichen Geschäfte abzunehmen.²⁵

Besonders weit ging man in Hartberg, wo der Wahlausschuß für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung erklärte, kein Herrschaftsbesitzer und kein Herrschaftsverwalter dürfe als Abgeordneter gewählt werden, solange die Verhältnisse zwischen Grundherrschaft und Untertan nicht geklärt seien. Solche Leute könnten durch eine Reform sehr viel verlieren und würden „offen oder heimlich alles aufbieten, die alte Ordnung der Dinge wieder herbeizuführen oder die errungene Freiheit zu ihrem Nutzen möglichst zu schmälern“. Diese Erklärung, an die sich ein Streit mit Josef Graf Wurmbrand knüpfte,

¹⁹ Kudlich, Rückblicke (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 216.

²⁰ Dove, Europa 1848 (wie Anm. 5), S. 186 f.

²¹ STLA, Statthalterei, Präsidialakten 639/1848.

²² Kudlich, Rückblicke (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 124.

²³ Kloepfer, Eibiswald (wie Anm. 14), S. 246.

²⁴ F. A. Gatti, Die Ereignisse des Jahres 1848 in der Steiermark. Graz 1850, S. 48.

²⁵ STLA, Statthalterei, Präsidialakten 1459 und 1520/1848.

stammte von einem ehemaligen Verwalter, der Syndikus der Stadt Hartberg geworden war. Er suchte dadurch bei Bürgern und Bauern Stimmen zu gewinnen.²⁶ Daß aber diese Ansicht weit verbreitet war, belegt ein Zeitungsartikel aus dem Juli 1848, als man daranging, die staatliche Gerichtsorganisation aufzubauen. Man sollte, so hieß es dort, keine Herrschaftsbeamten anstellen, die „die Neuzeit nicht erfassen, ihre Untergebenen mit Füßen treten und sich bereichern haben“.²⁷

Zehent- und Robotverweigerungen nahmen in den Märztagen landesweit zu und führten zum Ende der feudalen Giebigkeiten. Bezirksobrigkeiten und Kreisämter berichteten darüber, wollten aber zugleich bei ihren Oberbehörden den Eindruck erwecken, es gelinge ihnen, Ordnung und Autorität zu wahren. Der Kreishauptmann von Marburg schrieb am 27. März, „übrigens darf ich nicht mit Stillschweigen übergehen, daß sich beinahe allgemein der Unwille gegen die fernere Abgabe der Urbariallasten, vorzüglich der Naturalleistungen und der Zehente kund gegeben habe“. Eine Einbringung im „politischen Auftrag“ werde auf allgemeinen Widerstand stoßen und könne „am Ende dennoch wegen Mangel an hinreichender Militärmacht“ nicht durchgeführt werden. In ähnlicher Weise äußerte sich das Kreisamt Cilli.²⁸ Wer annimmt, in der Obersteiermark sei es ruhig geblieben, sei auf das Vorgehen des Kreisamtes Judenburg verwiesen. Nach Auseinandersetzungen über Zehentleistungen und „Spuren einer unruhigen Bewegung“ entsandte es eine Kompanie nach Rottenmann und bat um Verstärkung der Judenburger Garnison. Vom Grazer Gubernium, wo man den Umfang der Bewegung schon erkannt hatte, wurde es dafür gerügt, weil Militär nur zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zur „Abwendung allfälliger gewalttätiger Angriffe“ zu verwenden sei.²⁹ Die Verletzung der Zehentpflicht stellte dieser Ansicht nach nicht mehr eine Störung der öffentlichen Ordnung dar!

Wie es am Lande wirklich zuging, belegen Einzelberichte. So wehrte sich der Abt des Stiftes Rein, Ludwig Crophius, ein Mitarbeiter Erzherzog Johanns, gegen den Ruf, in seinem Bezirk hege man „verbrecherische Absichten“. Er habe einen Drohbrief erhalten, da er einen „Winkelschreiber“ in Untersuchung genommen habe. Daraufhin habe er in Rein und Gratwein die Stiftsuntertanen versammelt und sie im Konversationston belehrt. „Auf das erste Wort“ hätten sich genug Leute gefunden, um das Stift zu bewachen. Da aber die „gegenwärtigen Zustände ausnahmsweise Rücksichten“ gebieten, sei der Winkelschreiber entlassen worden.³⁰ In der k.k. Staatsherrschaft Lankowitz drohten, wie der Pfleger schrieb, „dortige übelgesinnte Untertanen in der Nacht das Amtsgebäude und das Franziskanerkloster zu zerstören und zu plündern“. Er bat um die Absendung einer „Abteilung von mindestens vierzig Finanzwachmännern“. Dreißig Soldaten wurden hingeschickt, aber „die Besorgnisse haben sich nicht realisiert“.³¹

²⁶ STLA Hamerlinggasse/1848, Faszikel 4 „Aufrufe“; „Grätzer Zeitung“ vom 8. und 14. Mai; Dietlinde Spork, Die deutschen Flugschriften und Broschüren des Jahres 1848 in der Steiermark, Dissertation Universität Graz 1958, S. 55 ff. Syndikus Jacob Rueß erhielt bei der Wahl in Hartberg 8 Stimmen der bürgerlichen und 8 Stimmen der bäuerlichen Wahlmänner.

²⁷ „Blätter der Freiheit und des Fortschrittes“, Nr. 32 vom 6. Juli 1848.

²⁸ STLA, Sammlung 1848, Faszikel 7, Schreiben des Kreisamtes Marburg vom 27. März; STLA, Statthalterei, Präsidialakten 717 und 758/1848.

²⁹ STLA, Sammlung 1848, Faszikel 7, sowie Statthalterei, Präsidialakten 717, 748 und 766/1848.

³⁰ STLA, Sammlung 1848, Faszikel 7, Schreiben Crophius vom 19. 3.

³¹ STLA, Sammlung 1848, Faszikel 7, Schreiben der Staatsherrschaft Lannach vom 21. 3.; Statthalterei, Präsidialakten 814/1848.

Einen besonderen Fall stellte die Besitzerin der Herrschaft Oberlorenzen, Aloisia Pengg, dar. Sie hatte in der Vergangenheit für die Durchfahrt durch ihren Garten böswilligerweise eine Maut gefordert und dafür Pfänder genommen. Nun versammelten sich Bauern vor ihrem Schloß und eigneten sich die Pfänder und Geld an, soviel sie auftreiben konnten. Der Sohn der Besitzerin eilte zum Kreisamt nach Bruck, worauf der Kreishauptmann mit einer Kompanie Soldaten anrückte. Er hielt der Schloßfrau „ihr unpassendes und aufreizendes Benehmen“ vor und beruhigte die Bauern. Ein „offenbar betrunkenener Fleischhacker“ wollte Sturm läuten, um die umliegenden Gemeinden aufzurufen, fand aber keinen Anhang. Die Bauern lehnten sich gegen das Unrecht auf, nicht aber gegen die staatliche Autorität. Diese wiederum zeigte plötzlich Verständnis.³²

Die bäuerliche Bewegung führte im Gegensatz zur liberalen nicht zur Bildung einer Organisation. Während in Graz und anderen Städten und Märkten des Landes eine Art Bürgerwehr, die sogenannte Nationalgarde, aufgestellt und das Tragen von Uniformen und Waffen geradezu zum Ausdruck männlichen Stolzes wurde, gab es dazu kein Gegenstück im ländlichen Raum. Noch am 19. März hatte Moritz Edler von Kaiserfeld, Besitzer der Herrschaft Birkenstein, in einem Aufruf an seine Bauern geschrieben, „auch auf dem Lande werden wir, die etwas besitzen, uns bewaffnen und uns vereinigen“. Die Bauern um Mureck erklärten wenig später, daß sie an der Nationalgarde in Mureck nicht teilnehmen wollten, und diese Haltung war allgemein.³³ Bürgerlich-liberale und bäuerliche Revolution unterschieden sich auch in dieser Hinsicht.

Auch brachte die bäuerliche Bewegung zu Beginn wenige Persönlichkeiten hervor. In Rein gab es den Winkelschreiber Vinzenz Krainer, für dessen Freilassung sich Freunde einsetzten. Aus Mürzhofen kam ein gewisser Hirschfeld, der als Kurpfuscher tätig war und den Behörden als Aufwiegler galt. Um Mürzzuschlag war Alexander Prudiwitzer tätig, ein Eisenbahningenieur, der vor 500 bis 600 Bauern aufrührerische Reden hielt. Noch Ende April, als Prudiwitzer schon nach Marburg versetzt worden war, ist von „den üblen Folgen“ dieser Versammlungen die Rede.³⁴ Sie alle besaßen nur lokale Bedeutung.

Dennoch erregte diese Bewegung große Angstgefühle. In vielen Schlössern wurden Wachen eingerichtet. Bedenkliche Gerüchte verbreiteten sich und am 16. und 17. März befürchtete man in Graz einen Anmarsch der Bauernschaft.³⁵ Institutionen und Behörden trafen Vorkehrungen. Der Ständische Landtag, der am 15. März zusammentrat und sich im Vormärz aufgeschlossen und kulturell aktiv gezeigt hatte, wollte in dieser unruhigen Zeit das Steuer nicht anderen überlassen. Anderen Beispielen folgend, kam er in einer Petition um seine Erweiterung ein. Schon am 18. März beschloß er, dem allgemeinen Drängen nachgebend, Vertreter des Bürger- und Bauernstandes in seine Reihen aufzunehmen. Bei den Bauern gab es in dieser Frage Schwierigkeiten, da sich die Landwirtschafts-Gesellschaft außerstande erklärte, die Wahl bäuerlicher Vertreter vorzunehmen. Schließlich kam man am 18. April überein, einen neuen provisorischen Landtag wählen zu lassen, der aus 90 Abgeordneten

³² STLA, Sammlung 1848, Faszikel 7, Bericht des Kreisamtes Bruck vom 26. 4.

³³ STLA Hamerlinggasse/1848, Faszikel 4 „Aufrufe und Kundmachungen“, Präsidialakten 843/1848, Bericht der Bezirksadministration Weinburg.

³⁴ STLA, Sammlung 1848, Faszikel 7, Schreiben des Kreisamtes Bruck vom 26. 4.

³⁵ Gerhard Pfeisinger, Die Revolution von 1848 in Graz, Dissertation Universität Salzburg 1985, S. 53; Gatti, Ereignisse (wie Anm. 24), S. 24.

bestehen sollte. Nicht weniger als 30 von ihnen sollten aus dem Stand der untertänigen Grundbesitzer oder der Bauern kommen. Das war ein beachtliches Zugeständnis, zu dem sich die überwiegend adeligen Mitglieder des Landtags bereit fanden, und ein bedeutsamer Schritt in die Zukunft. Zum ersten Male sollte es im Steiermärkischen Landtag auch Vertreter des Bauernstandes geben und dies gleich in dieser Stärke! Für die Bauern war für diese Wahl, die Anfang Juli stattfinden sollte, allerdings ein Zensus von 3 fl festgesetzt, so daß nur eine Minderheit an der Wahl teilnehmen konnte.

In kluger Weise suchte der Ständische Landtag auch die Weichen für die Zukunft zu stellen. Man beschloß am 26. März einen Antrag, nach dem die Ablöse aller Lasten mit möglicher Erleichterung der Untertanen und mit Beihilfe aus dem Staatsschatz bis 1. Jänner 1849 gesetzlich festgelegt werden solle, bis dahin aber die Giebigkeiten fortbestehen sollten. Man bekannte sich zu einer Reform, suchte aber dabei seine Interessen zu wahren. Im gleichen Sinne wählte man ein Komitee für die Urbarial-Ablösungsangelegenheiten, das diese Frage studieren und einen Gesetzesentwurf vorbereiten sollte. Man wollte dem neuen Landtag gleichsam ein fertiges Konzept vorlegen!³⁶

Um allen Eventualitäten vorzubeugen, bildeten Landespräsidium und Landtag auch schon am 16. März eine „Commission für die Aufrechterhaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit auf dem flachen Lande“, die unter dem Vorsitz des Gouverneurs tagte. Noch am Tage ihrer Errichtung erließ sie einen Aufruf „An das Landvolk der Steiermark“. In ihm wurde gewarnt, den Ausdruck Constitution oder Verfassung nicht falsch als „gänzliche Ungebundenheit“ auszulegen. Es sei „Pflicht jedes guten Staatsbürgers“ Reformen „mit Ruhe und Vertrauen“ zu erwarten „und sich jedes ungebührlichen Versuches zu eigenmächtiger Änderung des Bestehenden zu enthalten“.³⁷ Dieser amtliche Aufruf fand ein getreues Echo in privaten Aufrufen und Schriften. Kaiserfeld legte den „Insaßen des Bezirkes Birkenstein“ die neuen Errungenschaften dar und schloß mit den Worten. „Bauern! Man ist ein Freund der Freiheit, wenn man ein Freund der Ordnung ist.“³⁸ In „Einigen Worten an das Landvolk von einem Volksfreund“ wurden die Bauern ermahnt, nicht „unwillig gegen ihre Herren zu sein“, denen sie auch Gutes zu verdanken hätten. In der Mundart wurden in einer anderen Schrift „die guten steirischen Landsleute außer Gratz“ aufgefordert, „ein bisserl Geduld“ zu haben, denn „ihr wißt auf einen Hieb hau man keinen Baum um“. Die Grazer Zeitung wies wiederum darauf hin, daß Adelige der Nationalgarde beigetreten seien.³⁹

Darüber hinaus wies der Gouverneur schon am 16. März die fünf steirischen Kreishauptmannschaften an, in ihrem Bereich das Landvolk durch Geistliche, Bezirksobrigkeiten, Herrschaften und „jeden Rechtsdenkenden“ zu belehren und zu warnen. Zugeständnisse seien zu erwarten, aber jeder Vernünftige müsse einsehen, „daß das, was Jahrhunderte bestand, nicht in einem Augenblick umgestaltet werden kann“.⁴⁰ In jedem Kreis wurden Kommissionen gebildet, um auf die Bauern einzuwirken. Von zwei Kreisämtern haben sich Berichte erhalten. Das Kreisamt Marburg meldete am 21. März, daß „die angeordnete Kommission“, die aus den „Kreiskommissaren und den umsichtigsten und vertrauenswürdigsten Oberbeamten“ bestand, bereits mit ihrer Tätigkeit

begonnen hätte. Am 26. März hieß es, das Resultat sei durchaus beruhigend, nur in Friedau und Mahrenberg sei es zu „leidenschaftlichen Ausbrüchen gegen die Obrigkeiten“ gekommen, ohne daß man „jedoch Abneigung gegen die Regierung an den Tag“ gelegt habe.⁴¹ Das Kreisamt Cilli berichtete, die üble Volksstimmung sei auch auf die „verzögerte Entschädigungszahlung für die zur Staatseisenbahn gehörenden Grundstücke“ zurückzuführen. Dennoch sei die Belehrung, die auch in „windischer“ Sprache vorgenommen worden sei, erfolgreich verlaufen.⁴²

Bezeichnend ist das Bild, das die Bezirksadministration Weinburg wiedergab. Es sei gelungen, das Landvolk, das vom „erwerbslosen Gesindel sowie anderen Böswilligen“ mit Schrecken und Furcht erfüllt worden sei, zu beruhigen. Mehrere Gemeindevorstände hätten ihre Treue und Anhänglichkeit an das „allerhöchste Kaiserhaus und die hohe Regierung“ versichert. Allerdings habe man im Schloß eine Sicherheits- und Feuerwache eingerichtet, da es Gerüchte über Brandlegung und Einbruch gegeben habe.

Im kaiserlichen Patent vom 15. März war der Bauernstand nicht erwähnt worden. Daher sandte der besorgte Steirische Landtag die schon erwähnte Petition und dann sogar eine Deputation nach Wien, um auch auf diesem Gebiet etwas zu erreichen. Vermutlich auch durch dieses Vorgehen beeinflusst, erschien am 11. April ein kaiserliches Patent, nach dem bis 1. Jänner 1849 alle bäuerlichen Leistungen durch Landesgesetze in „billige Geldentschädigung“ umzuwandeln seien. Damit war kundgetan, daß die feudale Ordnung fallen werde. Aber die wesentliche Frage nach der Höhe der „billigen“, das heißt gerechten Entschädigung war offen gelassen worden.

Behörden und Landtag lag daran, dieses Patent rasch bekannt zu machen. Wie im März sollte auch jetzt das Landvolk durch staatliche und gutsherrliche Beamte aufgeklärt und beruhigt werden. So wies etwa der Kreishauptmann von Graz seine Bezirksobrigkeiten an, in einer „bewegten Zeit“, wo es neben Errungenschaften leider auch „Symptome von Lüsternheit zum Abstreifen von Verpflichtungen“ gebe, das Landvolk „in populärer Weise“ zu ermahnen.⁴³ Doch schon die erste Bekanntmachung des Patentes löste bei den in Graz weilenden Bauern Ablehnung aus, da es eine Reform versprach, welche die Bauern schon vorweggenommen hatten.⁴⁴ Ähnlich waren die Reaktionen auf dem Lande. Das Kreisamt Bruck berichtete, während im Markt Kapfenberg die Verlesung des Patentes in „voller Ruhe“ erfolgt sei, sei es in Marein zu „Ausrufen der Unzufriedenheit“ gekommen. Die Bauern hätten die verteilten Patente zurückgegeben und ausdrücklich erklärt, damit sei ihnen nicht geholfen, denn sie hätten es geschafft, ganz frei zu werden und seien auch fest entschlossen, „den Herrschaften gar nichts, weder in natura noch in Geld zu leisten“. Die Aufregung unter den Bauern wachse von Tag zu Tag und daß sie „trotz des obgedachten Patentes sich nicht legen wird, unterliegt keinem Zweifel“. Etwa eine Woche später teilte das Kreisamt mit, es sei bei der Verlesung in Oberkindberg zu noch „größerer Aufregung“ gekommen, am schlimmsten sei es aber in St. Michael gewesen, wo die „Aufregung in Tätlichkeiten überzugehen“ drohte. Daher habe man eine weitere Verkündigung aufgegeben. Die Bauern, so hieß es, sagen sich von allen Ver-

³⁶ Hwof, Landtag (wie Anm. 13).

³⁷ STLA Hamerlinggasse/1848, Faszikel 3.

³⁸ STLA Hamerlinggasse/1848, Faszikel 4, Aufruf vom 18. März.

³⁹ STLA Hamerlinggasse/1848, Faszikel 4: „Was ist denn jetzt g'schehn in Gratz?“, Extra- beilage der Grätzer Zeitung Nr. 9 vom 1. April; STLA, Sammlung 1848, 114.

⁴⁰ STLA Hamerlinggasse/1848, Faszikel 3, Currende vom 16. 3.

⁴¹ STLA, Sammlung 1848, Faszikel 7, Schreiben des Kreisamtes Marburg vom 21. und 26. 3.

⁴² STLA, Statthalterei, Präsidialakten 960/1848.

⁴³ STLA Hamerlinggasse/1848, Faszikel 4, Currende Kreisamt Graz vom 10. 4.

⁴⁴ Gatti, Ereignisse (wie Anm. 24), S. 95; Pfeisinger, Revolution (wie Anm. 35), S. 96 f.; Tremel, Vor 100 Jahren (wie Anm. 13), S. 12.

pflichtungen notfalls mit Gewalt los und künden den Behörden jeden Gehorsam auf. Die Bezirksobrigkeiten hätten „den Mut ganz und gar verloren und sind froh, wenn sie selbst mit heiler Haut davonkommen“. In Freienstein und Trofaiach sei „täglich ein Aufstand zu gewärtigen“.⁴⁵

Der Kreishauptmann von Bruck, Friedrich Graf Herberstein, sah sich daher veranlaßt, einen „Aufruf an die Bauern im Mürzthale und in der Veitsch“ zu erlassen. Wie hat sich in wenigen Wochen, so hieß es darin, die Stimmung gewandelt: „Ihr erküht euch laut und öffentlich die größten Drohungen gegen die Herrschaften und Beamten auszustoßen, ihr glaubt euch jetzt von Verpflichtungen entbunden, ihr weigert euch das Patent anzunehmen. Ihr zeigt ein höchst unanständiges Benehmen gegen die Kreiskommissare“. Eine solche Auflehnung könne nicht geduldet werden und führe zur Anwendung von Gewalt.⁴⁶ Der gräfliche Kreishauptmann, der sich mit der neuen Lage nicht abfand, bat um die Absendung einer „bedeutenden Militärmacht“. Der Gouverneur verwies auf die angebliche Ruhe im benachbarten Kreise Judenburg, obwohl auch das Kreisamt Marburg auf den „Mangel einer hinreichenden Militärmacht“ hinwies.⁴⁷

Das kaiserliche Patent vom 11. April hatte die Erregung der Bauernschaft noch erhöht. Sie hielt das in Frage gestellt, was sie sich bereits genommen hatte. Es sei „ein trauriges Zeichen der Zeit, wenn durch die bloße Verkündigung des kaiserlichen Willens Aufruhr erregt“ werde, hatte der Kreishauptmann von Bruck geschrieben. Er hatte Einstellung und Mentalität der Bauern falsch eingeschätzt. Es kam zu keinem Aufruhr, da die staatlichen Behörden nichts unternahmen. Die Wahlen, die Anfang Mai für die deutsche Nationalversammlung und Anfang Juni für den provisorischen Landtag stattfanden, verliefen ohne größere Störung. Es war verständlich, daß die Bauern versuchten, die Wahl mißliebiger Kandidaten zu verhindern und etwa einem Wahlmann, der Robotschaffer gewesen war, die Legitimation wegnahmen, so daß er an der Wahl nicht teilnehmen konnte.⁴⁸ Aber es war nicht zu verkennen, daß die bäuerliche Haltung unnachgiebiger, wenn nicht radikaler geworden war. Zu Beginn der Revolution hatten viele mit Begriffen wie Konstitution oder Pressefreiheit kaum etwas Rechtes anfangen können. Eine Zeitung konnte schreiben, daß ein Bauer den anderen niederschlug und ihm dann erklärte, dies sei Freiheit, worauf der Geschlagene den anderen zu Boden schickte und erklärte, das sei Gleichheit.⁴⁹ Seitdem war man belehrt und durch Nachrichten aufgeklärt worden. Auch stand ein Teil des Bauernstandes in Verbindung mit dem Leben in der Stadt und an der Universität. Von 166 Hörern des ersten philosophischen Lehrganges an der Universität Graz waren 1848 33 Söhne von Bauern und Keuschlern, welche die stärkste Gruppe bildeten.⁵⁰

Ohne Zweifel hatte das Selbstbewußtsein der Bauern zugenommen, ihr Auftreten war zum Entsetzen einiger Beamter entschiedener geworden. Der Bauer, so hieß es in einem Zeitungsbericht, wolle nicht als Lasttier, als Zugochse angesehen werden, den „man bei schwerer Arbeit fasten und kastei-

en“ ließ, und von dem man daher „kein gutes Stück Fleisch, keinen fetten Bissen“ erwarten könne.⁵¹ Er war sich seiner Stärke bewußt geworden und wollte sich auf keinen Fall die Lasten, die er nicht mehr leistete, wieder aufbürden lassen. Und er zeigte sich entschlossen, dafür keine oder nur eine geringe Entschädigung auf sich zu nehmen. „Sollen wir noch auf Ablösung denken? Woher soll bei diesen geldarmen Zeiten der Landmann das Geld nehmen?“, hieß es in der Zuschrift eines Bauernsohnes aus der „windischen Untersteiermark“.⁵² „Der Bauer kann nichts geben, weil er nichts hat“, rief ein bäuerlicher Abgeordneter aus und meinte, hohe Ablöseforderungen würden keinen Frieden sondern eine Revolution zur Folge haben.⁵³

Nicht nur bei der bäuerlichen Bewegung, auch bei der liberalen kam es zu einer Radikalisierung, die durch die Demonstrationen in Wien und die „Sturmpetition“ bewirkt wurde. Aber die beiderseitige Radikalisierung, derselbe Trend führte keineswegs zu einer Annäherung der Bewegungen. Zunächst hatte die ländliche Bevölkerung die liberale Erhebung, die gleichsam die Tore aufstieß, durchaus geachtet und zu ihrem eigenen Vorgehen gemeint: „Wenn's in der ganzen Welt d'runter und d'rüber geht, warum net bei uns auch einmal!“⁵⁴ Als aber im Mai in Wien der Aufruhr losbrach, als der Kaiser aus der empörerischen Stadt nach Innsbruck flüchtete, änderte sich diese Meinung. „Mit Entrüstung haben wir die Kunde von den letzten Ereignissen in Wien vernommen“, hieß es in einer Flugschrift, und die Petition, in der Grazer Bürger den Kaiser baten zurückzukehren, wurde auch von 3.000 Leuten auf dem Lande unterzeichnet. Als Erzherzog Johann am 29. Juni von der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt mit großer Mehrheit zum Reichsverweser gewählt wurde, fanden überall im Lande Feiern statt. Der Abgeordnete des Bauernstandes Berditsch stellte im Landtag den Antrag, dem Erzherzog eine Dank- und Freudenadresse zu übermitteln. Antrag und Adresse fanden allgemeine Zustimmung und drückten die Stimmung im Lande aus.⁵⁵

Das waren Zeichen der Anhänglichkeit der bäuerlichen Bevölkerung an das Kaiserhaus. Auch die Bindung an die katholische Kirche lockerte sich nicht, die es einen falschen Verdacht nannte, daß „die Geistlichkeit einer gesetzlichen Freiheit im Wege“ stehe, und die Pressefreiheit für sich zu nützen begann.⁵⁶ Als man Ende Juni ein Verbrüderungsfest der Nationalgarde in Gleisdorf feierte, meinte ein Bauer: „Ach geht's nur, wir wollen mit euch nichts zu tun haben, ihr wollt die Religion und unser'n Kaiser verleugnen, von euch geht alles Übel aus“. Und in einem „Offenen Brief an die Städter“ hieß es, „die Bauern wollen für die Städter nicht kämpfen, sie wollen nichts Ungebührliches gegen die Religion und gegen ihre Diener, die wir hoch verehren, und gegen unseren geliebten Kaiser“.⁵⁷ An der bäuerlichen Grundhaltung hatte sich nichts geändert.

⁴⁵ „Blätter der Freiheit und des Fortschrittes“, Nr. 22 vom 13. 6.: „Erwiderung eines Landmannes“.

⁴⁶ „Blätter der Freiheit und des Fortschrittes“, Nr. 29 vom 30. 6.

⁴⁷ Lorenz Huhf aus Wildon, Hwof, Landtag (wie Anm. 13), S. 66.

⁴⁸ „Blätter der Freiheit und des Fortschrittes“, Nr. 3 vom 26. 4. und Nr. 6 vom 6. 5.

⁴⁹ Hwof, Landtag (wie Anm. 13), S. 73 und 78.

⁵⁰ Entgegnung von Geistlichen in den „Blättern der Freiheit und des Fortschrittes“, Nr. 2 vom 29. 4.; vergleiche dazu Erich Linhardt, Steirische Priesterpolitiker. Diplomarbeit Universität Graz 1989. Einige Geistliche, die später politisch tätig wurden, erlebten das Sturmjahr als junge Kapläne, so Anton Semlitsch, der schon 1848 das Lokalblatt „Katholischer Wehrfreund“ herausgab.

⁵¹ „Grazer Schnellpost. Politisches, satirisches Morgenblatt“, Nr. 52 vom 25. 7.: „Katzenmusik. Politisches Grazer Morgenblatt“, 3. Extrablatt, ohne Datum.

⁴⁵ STLA, Sammlung 1848, Faszikel 7, Kreisamt Bruck vom 26. 4. und 4./5. 5.

⁴⁶ STLA, Hamerlinggasse/1848, Faszikel 4, Aufruf vom 3. 5.

⁴⁷ STLA, Sammlung 1848, Faszikel 7, Kreisamt Marburg vom 27. 3.

⁴⁸ Knaffl, Deutschlandsberg (wie Anm. 9), S. 14 f.

⁴⁹ „Blätter der Freiheit und des Fortschrittes“, Nr. 26 vom 28. 6.

⁵⁰ Pfeisinger, Revolution (wie Anm. 35), S. 60. Von den 166 Hörern des ersten philosophischen Jahrganges der Universität Graz stammten 1848 nicht weniger als 33 aus dem Bauernstand. Nach den Berufen der Väter betrachtet, war dies die stärkste Gruppe.

Im Sommer 1848 galt das allgemeine Interesse weniger den Vorgängen in Wien als vielmehr den kriegerischen Ereignissen in Italien, wo die steirischen Regimenter unter Radetzky siegreich kämpften, und den Verhandlungen des provisorischen Landtages, der am 13. Juni zusammengetreten war. In nicht weniger als 45 Sitzungen, die bis zum 17. August abgehalten wurden, behandelte dieser Landtag die Ablöse der feudalen Lasten, die Ordnung für die neu zu errichtenden Gemeinden und die künftige Organisation des Landtages.⁵⁸ Dabei hielt man sich an die Entwürfe, welche die noch vom erweiterten Ständischen Landtag gewählten Komitees ausgearbeitet hatten, überprüfte sie und diskutierte darüber. Die Vorarbeit, die gründlich, aber ohne Mitwirkung bäuerlicher Vertreter geleistet worden war, machte sich nun bezahlt. Obwohl die Abgeordneten wußten, daß ihre Beschlüsse nur Vorschläge darstellten, die dem Reichstag in Wien, der erst am 22. Juli eröffnet werden sollte, vorzulegen waren, machten sie sich mit Ernst und Hingabe an ihre Arbeit.

Bei den Tagungen des provisorischen Landtages trafen unterschiedliche Einstellungen und Forderungen aufeinander. Der konservative Flügel des Landtags, der aus der Geistlichkeit und einer Anzahl adeliger Grundherren bestand, war zahlenmäßig schwach und trat nur am Rande in Erscheinung. Die starke liberale Mitte, von der Mehrzahl der bürgerlichen Abgeordneten und einer Reihe namhafter adeliger Grundherren gebildet, unterstützte die in ihrem Sinne ausgearbeiteten Entwürfe und bestimmte die Marschrichtung des Landtages. Ihr trat von Anfang an mit Nachdruck und auch mit Schärfe die Opposition der bäuerlichen Abgeordneten entgegen. Sie forderte die entschädigungslose Aufhebung der Lasten, lehnte andere Lösungen ab und wurde aus diesem und weiteren Gründen von vielen Abgeordneten wenig geschätzt. „Wenn Du Dir noch dreißig radikale, nicht zahlen wollende, parlamentarisch ungeübte, pfaffenfreundliche, saugrobe, übrigens grundgescheite Bauern vorstellst“, heißt es von ihnen in dem zeitgenössischen Brief eines liberalen Abgeordneten. Ihr Hauptredner Alois Scheucher aus dem Wahlbezirk Wildon, „ein pfißiger verschmitzter Bauer, gab sich oft den Anschein, als verstehe er die Verhandlungen nicht, und machte dadurch dem Landeshauptmann, der den Vorsitz führte, sein Amt schwer“, schreibt Ilwof in seiner Darstellung dieses Landtages.⁵⁹

Schon bei der Frage der Gemeindeordnung kam es zum Zusammenstoß zwischen liberaler Mehrheit und bäuerlicher Opposition. Der Entwurf der Kommission sah die Schaffung von zwei Gemeindetypen, bürgerlicher Gemeinden und bäuerlicher Hauptgemeinden, vor. Diese Unterscheidung wurde von den bäuerlichen Abgeordneten scharf abgelehnt. „Man soll jetzt den Zopf fahren lassen, es wäre einmal Zeit dazu, sonst wird immer zwischen den Bürgern und Bauern eine Reibung stattfinden“, erklärte Scheucher.⁶⁰ Allein in der Frage der Schulaufsicht stimmten die Bauern der liberalen Forderung zu, diese dem Staate zu übertragen. Schullehrer und Schulaufseher seien, so erklärte Scheucher, „von dem Drucke, der bisher auf ihnen haftete, zu befreien“, aber Schullehrer und Geistliche müßten Hand in Hand gehen.⁶¹

Hart prallten die Gegensätze in der Ablösefrage aufeinander. Der vom Komitee vorgelegte, 95 Paragraphen umfassende Entwurf sah eine weitgehen-

de bäuerliche Beteiligung an der Entschädigung vor, welche die Herrschaftsbesitzer erhalten sollten. Nicht nur Frondienst und Zehent, auch das Laudemium sollte abgelöst werden, nur die Jagdrobot war unentgeltlich aufzuheben. Die zu zahlende Entschädigungssumme sollte das Zwanzigfache des zu ermittelnden Jahreswertes der Leistungen betragen und war in zwanzig Jahresraten zu tilgen. Zu dieser Summe sollte das Land 40 Prozent, der Bauer hingegen 60 Prozent beitragen, wobei man von liberaler Seite darauf verwies, daß die Belastung des Bauern zunächst um zwei Fünftel gesenkt und nach zwanzig Jahren überhaupt enden würde. Dieser Vorschlag wurde von den bäuerlichen Abgeordneten bekämpft. Sie verwiesen auf das Beispiel Galizien, wo am 14. April die Ablöse allein „auf Kosten des Staates“ verkündet worden war, und erklärten, der Bauer sei gegenüber anderen Ständen stets zu hoch besteuert worden und nun wolle man, weil er „fleißig und sparsam sei, deswegen eine noch größere Last auf ihn wälzen“. Scheucher meinte sogar, der Bauer könne vom Staate eine Rückvergütung beanspruchen, „denn sonst ist unser Bauer auch schlechter daran als der polnische“.⁶² Besonderen Unmut rief die Absicht hervor, auch eine Ablöse für das Laudemium zu verlangen. „Getrauen sie sich wohl, die Laudemien vor Gott und den Menschen zu rechtfertigen“, rief Scheucher voll Empörung laut aus.⁶³

Die Erregung der bäuerlichen Abgeordneten nahm so zu, daß der den Vorsitz führende Landeshauptmann Debatten und Sitzungen mehrfach unterbrechen und verschieben und sogar Beschlußfassungen vertagen mußte, um die Gemüter zu beruhigen. Als die Abgeordneten des Bauernstandes sahen, daß ihr Anliegen nach entschädigungsloser Ablöse aller Lasten auf unüberwindbaren Widerstand stieß, schlossen sie sich dem Antrag der Prälaten an, diese Frage einfach dem Reichstag und der Regierung zu überlassen. Bei der schließlich erfolgten Abstimmung über den entscheidenden Paragraph 21 wurde dieser mit 42 gegen 41 Stimmen angenommen. Bauern, aber auch Geistliche und Grundbesitzer, die jede Änderung ablehnten, hatten sich gemeinsam dagegen ausgesprochen.

Zu einem versöhnlichen Ausklang kam es bei der Beratung über die künftige Organisation des Landtages, der nach Ansicht der liberalen und der bäuerlichen Abgeordneten sich nicht mehr nach Ständen zusammensetzen, sondern durch Volkswahl zustande kommen sollte. Dies konnte aber den tiefen Graben, der liberale und bäuerliche Abgeordnete bei den anderen Beratungen getrennt hatte, nicht verkleinern. Die bäuerlichen Vertreter waren von der liberalen Mehrheit einfach niedergestimmt worden und konnten ihre Hoffnungen wie die konservative Rechte nur mehr auf Reichstag und Regierung richten. Sogar der eine Zeitlang sehr volkstümliche Jurist Dr. Emperger, ein Wortführer der liberalen Linken, hatte den Antrag auf entgeltliche Ablöse unterstützt und sich deswegen Vorwürfe der Bauern zugezogen.⁶⁴ Bei diesem Nichtverstehen, ja geradezu Mißachten der bäuerlichen Anliegen nahm die radikale Linke dann im Oktober an, die Bauern würden sie unterstützen!

Es wäre falsch anzunehmen, nur die bäuerlichen Vertreter seien radikal gesinnt gewesen. Sie standen unter dem Druck ihrer gleichgesinnten Wählerschaft. Seit dem ersten Schilderer des Sturmjahres in der Steiermark, Gatti, wird geschrieben, der provisorische Landtag habe in der Öffentlichkeit

⁵⁸ Ilwof, Landtag (wie Anm. 13). Ilwof stellt sich in seiner Darstellung auf die Seite der Liberalen und vermerkt das Verhalten und die Debattenbeiträge der bäuerlichen Vertreter meist nur am Rande.

⁵⁹ Brief von Fleckh an Stremayr vom 22. 7., zitiert bei Pfeisinger, Revolution (wie Anm. 35), S. 161; Ilwof, Landtag (wie Anm. 13), S. 40, Anmerkung 1.

⁶⁰ Ilwof, Landtag (wie Anm. 13), S. 40.

⁶¹ 37. Sitzung vom 31. 7.

⁶² 16. Sitzung vom 5. 7. und 17. Sitzung vom 6. 7.

⁶³ 22. Sitzung vom 12. 7.

⁶⁴ Oskar Meister, Vinzenz Edler von Emperger, ein Crazer Volksführer von 1848, in: ZHVSt 31/1937, S. 124 ff.

wenig Beachtung gefunden.⁶⁵ Dem war nicht so. Grazer Zeitung, Industriezeitung, der Herold und der Steirische Landbote brachten fallweise Berichte. Das Landvolk zeigte sich über den Verlauf der Sitzungen erstaunlich informiert. Als bekannt wurde, daß die unentgeltliche Ablöse auf Widerstand treffen und abgelehnt werde, verschlechterte sich die Stimmung auf dem Lande. In der Mittel- und Untersteiermark verbreitete sich das Gerücht, die Ablöse müsse sofort erlegt werden, und erregte die Gemüter. Die zwei Abgeordneten des untersteirischen Bezirkes Lichtenwald wurden beinahe von ihren Wählern gewaltsam zurückgehalten und der Abgeordnete der Stadt Marburg erhielt einen Drohbrief und wurde am Bahnhof von einer Menschenmenge mit Zischen empfangen. Anschließend wurde ihm eine Katzenmusik dargebracht und die Fenster seines Hauses und seiner Fabrik wurden eingeschlagen.⁶⁶ Als in Leibnitz bei der Wahl zum Reichstag der liberale Kandidat den Bauern ihr „ungerechtes Begehren“ vorhielt, „schlich sich“ - wie der konservative „Herold“ berichtete - der Bürger Halm aus St. Florian ein und erklärte, als ehrlicher Mann müsse man zum Wohle der Bauern das Aufhören der Lasten ohne Ablöse fordern. Darauf erhielt er fast drei Viertel aller Stimmen!⁶⁷

Die Entscheidung lag nun beim Reichstag in Wien, der am 22. Juli eröffnet wurde. Auf ihm ergriff der Bauernsohn und Student Hans Kudlich die Initiative und brachte am 26. Juli den Antrag auf die Ablöse der bäuerlichen Lasten ein. Diese Frage stand seit dem Beginn der Revolution auf der Tagesordnung, sie war durch das kaiserliche Patent vom 11. April amtlich anerkannt und schließlich auf dem provisorischen Landtag der Steiermark eingehend behandelt worden. Kudlich brachte sie nun auch im Reichstag zur Sprache. Die Ungeduld war groß. „Zwölf Millionen Menschen warten auf eine Sache, die man in drei Tagen abmachen könnte und die 1789 in der französischen Nationalversammlung in einer Nacht entschieden wurde“, hieß es in einer Grazer Flugschrift.⁶⁸ Aber der Antrag Kudlichs enthielt keine Einzelheiten und vor allem keinen Hinweis auf die Entschädigung. So kam es auch im Reichstag zu einer langwierigen Debatte, die am 12. August begann und fast einen Monat währte. Bei dem Problem der Entschädigung, die nach Ansicht der Linksliberalen im Reichstag der Staat zur Gänze übernehmen sollte, kam es sogar zur Kabinettsfrage, die Regierung drohte mit ihrem Rücktritt. Schließlich beschloß die Mehrheit des Reichstages am 7. September die entgeltliche Ablöse, die sofort von Kaiser und Regierung sanktioniert wurde. Das kaiserliche Gesetz bestimmte, daß Untertänigkeit und schutzobrigkeitliches Verhältnis ohne Entschädigung aufzuheben seien; für Arbeitsleistungen, Natural- und Geldabgaben sei in einigen Fällen eine „billige Entschädigung“ zu leisten, in anderen nicht. Alle Einzelfragen sollten durch eine aus Abgeordneten aller Provinzen zu bildende Kommission geklärt werden.⁶⁹ Mit diesem Gesetz war das feudale Zeitalter in Österreich endgültig zu Ende gegangen.

Die Regierung hatte rasch gehandelt, um den Bauernstand zu beruhigen und ihn von einer weiteren revolutionären Entwicklung fernzuhalten. Das Gesetz wurde aus diesem Grunde in der Steiermark auf Anordnung des Gouverneurs sofort allen Kreisämtern und Bezirksobrigkeiten zur Bekanntmachung über-

⁶⁵ Gatti, Ereignisse (wie Anm. 24), ihm folgend u. a. Ilwof, Landtag (wie Anm. 13), S. 120 und Pfeisinger.

⁶⁶ Ilwof, Landtag (wie Anm. 13), S. 92 und 95 f.; „Abendblatt“ Nr. 50 vom 28. 7.

⁶⁷ „Der Herold“ Nr. 1 vom 1. 7.

⁶⁸ STLA Hamerlinggasse/1848, Faszikel 4, Flugschrift vom 20. 7., verfaßt von Carl Denitzer.

⁶⁹ Gesetz vom 7. 9., Reskript des Ministeriums des Inneren vom 9. 9., Circulare des steiermärkischen Guberniums vom 10. 9.

mittelt. Diese Botschaft bestärkte die Bauernschaft in ihrem Vertrauen zu Kaiser und staatlicher Obrigkeit. Sie fand sich mit einer billigen Entschädigung ab, ohne ihre Grundhaltung zu ändern. Diese bestimmte ihr Verhalten in den revolutionären Oktobertagen.

Am 6. Oktober brach in Wien erneut die Revolution aus. Linksliberale versuchten, in Überschätzung ihrer Kräfte, Hof und Regierung ihren Willen aufzuzwingen. Sie brachten Wien in ihre Gewalt und riefen zur allgemeinen Erhebung auf. Kaiser, Hof und fast die gesamte Regierung flüchteten nach Olmütz, beeilten sich aber, das Gesetz vom 7. September erneut zu bekräftigen. Graz, das bisher in der Revolution nicht viel mehr als ein Schatten von Wien gewesen war, wurde nun gleichfalls ein Zentrum revolutionären Geschehens. Der radikal gesinnte Demokratische Verein übernahm die Initiative und schüchterte durch Drohungen den Gouverneur Wickenburg so ein, daß dieser seine Weisungen ausführte. Er ließ durch Kanonenschüsse vom Schloßberg das Umland alarmieren und wies durch telegrafische Depeschen die Kreisämter an, aus Graz kommende Vertrauensmänner mit Ausweisen zu versehen und ihnen keine Hindernisse in den Weg zu legen, wenn sie das Landvolk aufbieten würden. Der Kreishauptmann von Bruck legte daraufhin die Amtsführung nieder!⁷⁰

Bei diesem Vorgehen der Obrigkeit oder - aus konservativer Sicht gesehen - bei ihrem Versagen kam es nun darauf an, wie sich die Bauernschaft verhalten würde. Wie falsch die Linksliberalen die Lage einschätzten, zeigt ihre Erwartung, es sei möglich, einen Sturm zu entfesseln. Obwohl die Mehrheit der Zeitungen und mit ihr auch der „Steirische Landbote“ radikale Töne anschlugen, verharren die Bauern bei ihrer Einstellung. Ein Anschluß an die Revolution wäre ein Verrat an ihrer Grundhaltung gewesen. So fanden die Kommissare bei den Bauern eine für sie unerwartete Aufnahme. Nirgends gelang es ihnen, Leute aufzubieten; sie mußten im Gegenteil „für ihre eigene Sicherheit dadurch sorgen, daß sie das Weite suchten“.⁷¹ Das Verhalten der Bauern im Dorfe Lembach/Limbuš bei Marburg möge als Beispiel dienen. Das Kreisamt Marburg hatte den Aufruf zur Aufbietung des Landsturms weisungsgemäß verbreitet und bei der bürgerlichen Marburger Nationalgarde damit Gehör gefunden. Im Dorf Lembach/Limbuš erschienen um Mitternacht Gardisten und zwangen Lehrer und Pfarrer Sturm zu läuten. Die Bauern fanden sich ein und bemerkten: „Gottlob, daß kein Feuer ist, nach Wien sollen aber nur die Gardisten gehen, wir haben bei unserer Wirtschaft genug zu tun“.⁷² Ähnlich verliefen die Dinge überall. Das Kreisamt Judenburg berichtete, die „Landsturm prediger“ seien gleich an den Grenzen des Kreises, in Weißkirchen, Judenburg und Obdach, so unfreundlich empfangen worden, daß sie weitere Versuche aufgaben.⁷³

Es war in diesen Oktobertagen wohl kein größerer Gegensatz denkbar, als der zwischen dem revolutionären Graz und dem davon unberührten Land. Das bedeutete jedoch nicht, daß die Bauern mit allem einverstanden gewesen wären. Sie mißbilligten die Oktoberrevolution und meinten, was die Wiener

⁷⁰ STLA, Sammlung 1848, Faszikel 1 „Aufrufe und Kundmachungen“, Circulare des Kreisamtes Bruck vom 11. 10.

⁷¹ Gatti, Ereignisse (wie Anm. 24), S. 261 f.

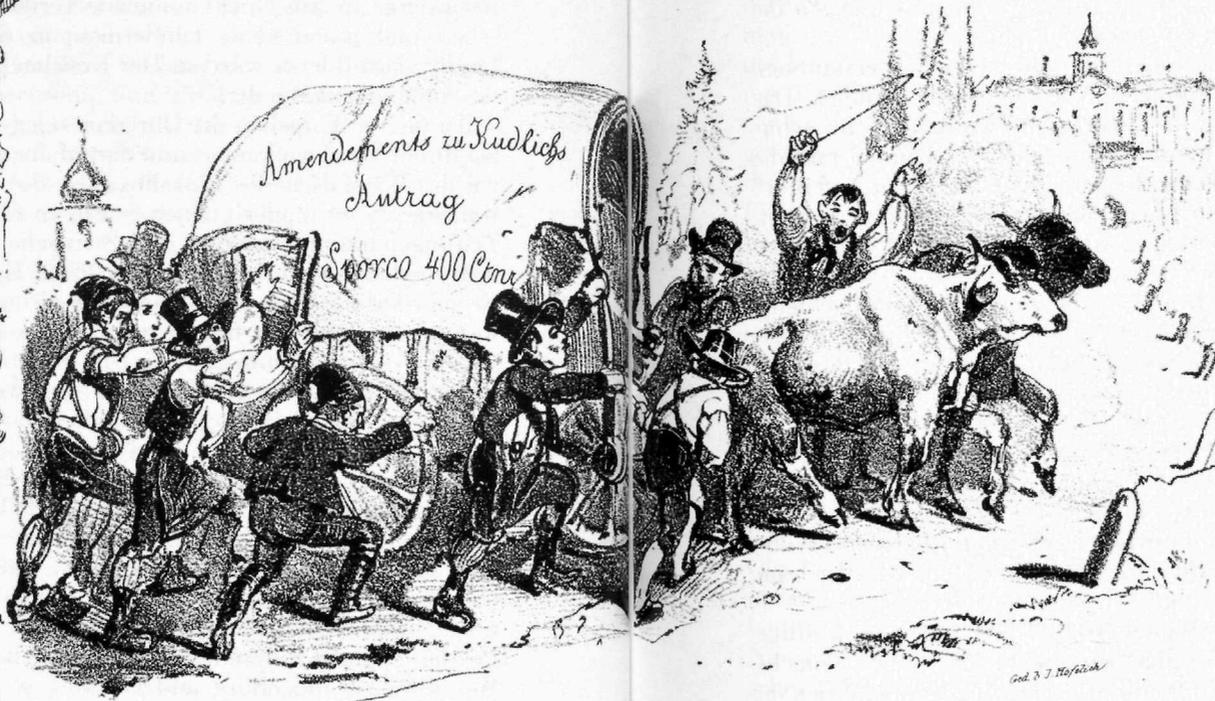
⁷² Gerhard Pferschy, Ein Landsturmaufgebot in Lembach (Limbuš) bei Marburg Oktober 1848, in: Mitteilungen des Steiermärkischen Landesarchives, Folge 17, Graz 1967, S. 88 - 93.

⁷³ STLA, Sammlung 1848, Faszikel 7, Bericht des Kreisamtes Judenburg vom 12. 12.; Statthaltereireg., Präsidialakten 5875/1848.

1848

Satirische Chronik von Wien

Die letzte Robot.



Die Bayern:

„Der Wagen ist schwer, aber wir wollen hoffen, dass dies unsere letzte Robot ist.“

Die letzte Robot.

Verant-
wortlicher
Chronist
D. Franck

Illustra-
tionen
von
Goebel.

angehe, sollten sie ihre Suppe selbst auslöffeln.⁷⁴ Sie erfreuten sich der Vorteile, die sie in der Revolution errungen hatten und leisteten weder Abgaben noch Dienste. Sie fanden sich damit ab, eine billige Entschädigung zu leisten, wenn sich - wie sie immer wieder vorbrachten - die feudalen Lasten urkundlich belegen ließen. Aber sie hielten an ihren Ansichten fest und erwiesen sich nicht als leicht lenkbar. Der Bauer habe dazu gelernt und sei nicht mehr so leicht zu behandeln wie früher, meldete das Kreisamt Judenburg.⁷⁵ Ihre andauernde Unzufriedenheit zeigte sich in Widersetzlichkeiten, wenn man Abgaben im nachhinein eintreiben wollte, und fast überall im Lande in Übergriffen beim Jagdrecht. Die Bauern meinten, daß das Jagdrecht jedem Besitzer auf seinem Grund und Boden zustehe, und sie betrachteten das Wild auf ihrem Besitze als ihr Eigentum. Die Wildschützen, so hieß es etwa im Kreis Judenburg, hätten sich „aller Scheu entledigt“. Auch erhielt sich bei den Bauern ein gewisses Mißtrauen. Als Truppen von Bruck über Pernegg und die Breitenau nach Friedberg marschierten, fürchteten sie ein militärisches Vorgehen, das sie und ihre revolutionären Errungenschaften bedrohte, und wandten sich gegen die Bezirksobrigkeiten, die keine Auskunft zu geben wußten.⁷⁶

Die Lageberichte, welche die Kreisämter seit Mitte Oktober erstatteten, gewähren, bei aller Berücksichtigung amtlicher Vorsicht, guten Einblick. Das Kreisamt Judenburg war der Meinung, der Bauernstand wünsche nichts sehnlicher als die Aufrechterhaltung der Ruhe und gesetzlichen Ordnung und die gesamte Bevölkerung sei dem herrschenden Regentenhaus „mit Gut und Blut“ anhängig. Es sei ein Vergnügen, mit dem obersteirischen Bauern zu verkehren, auch wenn er seine Kraft fühlen gelernt habe. Anstände würden sich nur beim Jagdrecht ergeben, „denn in den Bergen herrscht von jeher große Jagdlust“.⁷⁷ Etwas düsterer blickte das Kreisamt Bruck in die Zukunft. Die allgemeine Stimmung halte die Entschädigung für billig, wenn die alten Rechte nachweisbar seien. Hier und da komme es zu Widersetzlichkeiten und in den Bezirken Aflenz, Etnißl, Ehrnau und Kaisersberg sei es wegen des Jagdrechtes zu Zusammenrottungen gekommen. Militärgarnisonen in Mariazell, Mautern, Leoben, Bruck und Mürzzuschlag und einige Zeit auch in Aflenz seien „vorderhand höchst wünschenswert“.⁷⁸ Das Kreisamt Cilli schrieb, man zeige Abscheu und Verachtung für die Wiener Vorgänge, das Kreisamt Graz hingegen beklagte Jagdüberrtungen in den Bezirken Deutschlandsberg und Wildbach. Urheber dieser Übertretungen sei der Färbermeister Halm, der auch im Reichsrat für die Aufhebung des Jagdrechtes eintrete.⁷⁹

Zur Beruhigung der Lage trug im Winter 1848/1849 auch das kräftige Auftreten der neuen Regierung bei, das allgemein günstigen Eindruck machte.⁸⁰ Mit Energie schritt man an die Organisation der neuen Behörden in Verwaltung und Justiz und gewöhnte die Bevölkerung an die Einhaltung der Gesetze. Vor allem aber war es das Patent vom 4. März 1849, das die Einzelheiten über die Durchführung der Ablöse enthielt, das den Bauernstand weitgehend zufrieden stellte. Das kaiserliche Patent gewährte den Bauern wesentlich bessere Bedingungen, als es etwa der Entwurf des provisorischen Landtages in der Steiermark getan hatte. So wurde, um nur die Hauptpunkte

⁷⁴ STLA, Statthalterei, Präsidialakten 5885/1848, Bericht des Kreisamtes Judenburg.

⁷⁵ Wie Anmerkung 73.

⁷⁶ STLA, Statthalterei, Präsidialakten 5974/1848, Bericht des Kreisamtes Bruck vom 10. 12.

⁷⁷ Wie Anmerkungen 73 und 74.

⁷⁸ Wie Anmerkung 74.

⁷⁹ STLA, Statthalterei, Präsidialakten 5904/1848, Bericht des Kreisamtes Cilli; Präsidialakten 5975/1848, Bericht des Kreisamtes Graz.

⁸⁰ Wie Anmerkung 74.

zu erwähnen, die Entschädigung für das Laudemium, die im Landtag so heiß umstritten gewesen war, zur Gänze vom Staate übernommen. Die Entschädigung für die anderen Lasten wurde dreigeteilt. Ein Drittel wurde überhaupt gestrichen, da mit dem Ende der feudalen Lasten für den Grundherrn die Kosten ihrer Eintreibung wegfielen. Ein weiteres Drittel übernahmen Staat und Länder und ein Drittel entfiel auf den Bauern. Das bedeutete, daß er 33,3 Prozent der Entschädigung zu leisten hatte, das war fast um die Hälfte günstiger als es der steirische Entwurf vorgesehen hatte. Doch wurde bestimmt, daß für die im Jahre 1848 nicht geleisteten Arbeiten und Abgaben ein Sechstel der Jahressumme zu bezahlen sei. Auch dies war eine günstige Entscheidung. Gleich blieb für die Bauern die Möglichkeit, die Ablösesumme in fünf bis zwanzig Jahresraten mit einem fünfprozentigen Zuschlag abzustatten.

Für die Durchführung der Grundentlastung wurde in der Steiermark eine eigene Kommission mit dreizehn Unterkommissionen eingesetzt, zu deren Präsidenten der steirische Adelige Franz Ritter von Kalchberg bestellt wurde, der sich schon im provisorischen Landtag mit diesem Problem befaßt hatte. Da in nicht weniger als 149.380 Fällen die Entschädigung zu ermitteln war, nahm die Arbeit der Kommission Jahre in Anspruch. Erst mit dem Jahre 1856 wurde mit der Rückzahlung begonnen. Schon 1861, nach dem Ende einer fünfjährigen Frist, waren in der Steiermark drei Viertel der Entschädigungssumme eingegangen und so wird man nicht fehlgehen in der Annahme, daß die Mehrheit der steirischen Bauern nicht allzu stark belastet worden war.⁸¹ Man hatte einen für die Bauern durchaus gangbaren Weg gefunden. Die Bauern hingegen konnten sich sagen, daß sie ihre Ziele weitgehend erreicht hatten. Die letzten Raten bei zwanzigjähriger Zahlung fielen bereits in eine Zeit, da der Bauernstand mit anderen Sorgen und Problemen zu kämpfen hatte.

Zeitgenossen meinten im nachhinein, dem Bauern habe das Verständnis für politische Ziele gefehlt. Der „Steirische Landbote“ etwa, der noch Anfang Oktober geschrieben hatte, der Bauer solle es mit den Demokraten halten, „die den Bauern gut gesinnt seien“, und der noch am 13. Oktober die Bauern aufgerufen hatte, sich zu bewaffnen, begrüßte nun das Ausbleiben der Bauern, „weil sie sich um die wahre Freiheit wenig kümmern“.⁸² Amtlicherseits war noch immer nicht die Furcht geschwunden, die Bauern könnten sich der linksliberalen Revolution anschließen. So wies das Kreisamt Graz in den unruhigen Oktobertagen die Bezirksobrigkeiten an, die Wiener Vorfälle den Bauern nicht bekanntzugeben und alles zu verhindern, was zu einer Hilfeleistung führen könnte.⁸³ Der erneut einberufene provisorische Landtag beschloß am 7. November einen Aufruf an die Bewohner der Steiermark. In ihm, der in deutscher und slowenischer Sprache verbreitet wurde, wurden diese aufgefordert, sich herzlich die Hände zu reichen, den gütigen Kaiser und ein einiges Österreich hochleben zu lassen und als deutsche und slowenische Steirer fest zusammenzustehen.⁸⁴

Beide Auffassungen entsprachen nicht der Realität. Der Bauernstand hatte im Sturmjahr 1848 als eigenständige, elementare Bewegung seine Anliegen großteils durchgesetzt und dadurch den schon schwankenden feudalen Bau zum Einsturz gebracht. Aber seine latente politische Kraft war von liberaler Seite weder erkannt noch genützt worden. Sie stellte ein politisches Potential

⁸¹ Stenographische Berichte und Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages, 2. Session 1863, Beilage A zu S. 291.

⁸² „Der steirische Landbote“, Nr. 17 vom 27. 10.

⁸³ Nachricht in der „Volkszeitung“, Wien Nr. 6 vom 14. 10.

⁸⁴ Ilwof, Landtag (wie Anm. 13), S. 135; Gatti, Ereignisse (wie Anm. 24), S. 285 ff.

für die Zukunft dar, das sich dann mit seinen besonderen Anliegen, seiner Staats- und Herrschertreue und nicht zuletzt mit seiner kirchlichen Bindung gegen den Liberalismus stellte. So weit liberale und bauerliche Bewegung im Sturmjahr voneinander entfernt gewesen waren, so stark wichen sie auch in Zukunft voneinander ab.